

Schroiber oder Stöder?

Der Landtag von Baden-Württemberg steht am Sonntag in acht Tagen nicht zur Wahl. Und doch lässt sich mit Debatten aus Stuttgart leicht illustrieren, was am 22. September auf dem Spiel steht.

Beispiel 1: Gesunde Lebensmittel. Verbraucherschutzministerin Renate Künast hat die BSE-Krise gemeistert und die Agrarwende begonnen. Die Landesregierung bekämpft sie bis aufs Messer und stimmte im Bundesrat sowohl gegen das Verbot der Legehennenhaltung als auch gegen das Verbraucherinformationsgesetz. Dafür verheimlichte Landwirtschaftsminister Stächele den Verbraucherinnen und Verbrauchern ein halbes Jahr lang, dass Obst vom Bodensee mit verbotenen Wachstumsregulatoren gedopt wurde.

Beispiel 2: Energiewende. Rot-Grün hat den Atomausstieg gesetzlich verankert und das weltweit erfolgreichste Förderkonzept für erneuerbare Energien realisiert. Bis 2010 wird die Hälfte der deutschen Reaktoren vom Netz gehen, seit 1998 ist der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromproduktion von 5% auf 8% angestiegen. Die Landesregierung hat vor dem Verfassungsgericht gegen den Ausstiegsbeschluss geklagt und das Fördergesetz für die erneuerbaren Energien im Bundesrat abgelehnt. Sie führt dafür einen Kreuzzug gegen die Windkraft und errichtet lieber Genehmigungshindernisse als Rotoren..

Beispiel 3: Tolerante Gesellschaft. Rot-Grün hat gleichgeschlechtlichen Paaren die Möglichkeit gegeben, ihre Partnerschaft einzutragen und damit elementare Rechte wie zum Besuch des Partners im Krankenhaus zu erwerben. Stoiber klagte dagegen vor dem Verfassungsgericht und verlor. Nun piesackt unsere Landesregierung die Schwulen und Lesben, indem sie ihnen vorschreibt, den Bund fürs Leben wie in Tübingen bei der KFZ-Zulassungsstelle statt beim Standesamt einzugehen. Einzige Begründung: Der Unterschied zur Ehe müsse sichtbar bleiben.

Beispiel 4: Verkehrswende. Die grüne Bundestagsfraktion konnte dem eisernen Finanzminister eine Erhöhung der Investitionen in die Schiene um 40% abringen. Die CDU im Land forderte, das Geld lieber für die Straße auszugeben. Ihr verkehrspolitischer Sprecher im Bundestag kündigte vor wenigen Tagen Stilllegungen von Schienenstrecken für den Fall eines Wahlsiegs an.

Sie sehen, Sie haben am 22. September die Wahl zwischen klaren Alternativen. Alle vier angeführten Beispiele ökologisch-sozialer Reformpolitik würden einem Regierungswechsel zu Schwarz-Gelb zum Opfer fallen. Aber auch mit einer großen Koalition oder Rot-Gelb wird die Ökosteuer gestoppt, die Rolle rückwärts zum Straßenbau vollzogen und der Klimaschutz vernachlässigt werden.

Ein Zusammengehen der SPD mit der FDP können Sie nur durch Ihre Zweitstimme für die Grünen ausschließen. Die große Koalition wird von niemand gewollt, wäre aber unvermeidlich, wenn die PDS in den Bundestag einzieht und andere Mehrheiten blockiert. Wer für die PDS stimmt, wählt Schroiber oder Stöder. Wer Rot-Grün will, muss rot-grün wählen. Übrigens auch, damit die RegioStadtbahn aufs Gleis kommt – siehe Streckenstilllegungen durch die CDU.